



STREIT UM LEHR-AUFTRÄGE
– Personalrat und Sprachzentrum um ein gemeinsames Ziel.



KRACH IM STADION
– VFL Bochum Fans protestieren gegen ihren Sportvorstand.



KAMPF DEN TOTALITÄREN
– Studierende der Ruhr-Universität bringen Brecht auf die Bühne.



STREIK UMS BEAMTENTUM
– GewerkschafterInnen fordern die Einführung des Streikrechts.

:bszank – Die Glosse

Getrommelt und gepfiffen sei's. Ruft's von allen Dächern, schreibt es auf Banner und Tücher, der Bibel gehört ein neues Buch hinzugefügt – Donald Trump ist gesund! Ein Mann von fast 70 Jahren kann sich einfache Sätze merken und wiederholen. Außerdem ist der mächtigste Mann der Welt imstande einen Löwen (das Tier mit der wunderbaren Haarpracht, das einige vor Neid orange werden lässt) von einem Nashorn und von einem Kamel zu unterscheiden. Außerdem kann der kleine Donald Buchstaben- und Zahlenreihen vorlesen und einfache gesprochene Sätze nachplappern. Wirklich betäubend ist dabei, dass er explizit seinen geistigen Zustand hat checken lassen. Noch betäubender ist, dass das unter anderem in der obenstehenden Weise getestet wurde. Selten hat mich die Gesundheit eines Menschen so traurig gemacht. Jetzt wissen wir immerhin, falls er irgendwann auf den roten Weltzerstörungsknopf drückt, weil ihn jemand eine Orange mit Toupet genannt hat, dass er im vollen Besitz seiner kognitiven Fähigkeiten war, als er maßlos überreagierte.

:ken

➔ BESUCHE UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr im Internet unter:
www.bszonline.de
www.facebook.de/bszbochum
www.twitter.com/bszbochum



Auch sie sind Teil eines bewegten Jahres: Die HausbesetzerInnen der Herner Straße 131, die mit ihrem friedlichen Protest über die Stadtgrenzen hinaus auf die Wohnpolitik aufmerksam gemacht haben. Bild: lor

Nicht aufhören ist die Devise

STADTGESCHEHEN. 2017 zeigten Aktionen sozialer Gruppen in Bochum, das Engagement immer noch richtig und wichtig ist. Deutlich wurde dies beim Neujahrbrunch im Bahnhof Langendreer.

Erst kam der politische Input zur militarisierten Gesellschaft, die immer noch Status quo ist. Doch dann wurde das reichhaltige Büffet eröffnet: Beim 15. Neujahrsempfang der sozialen Gruppen in den Räumlichkeiten des Bahnhof Langendreer stand neben Kuchen und

Bulgursalat auch der Rückblick auf das vergangene Jahr auf dem Programm. Themen wie Rassismus, Solidarität mit geflüchteten Menschen oder Wohnraumpolitik waren die dominierenden Themen.

Doch auch als Vernetzungstreffen fungierte der sonntägliche Brunch: Initia-

tiven, die sonst nicht aufeinander treffen, hatten nun Zeit, sich in Ruhe bei Tee und Sekt auszutauschen.

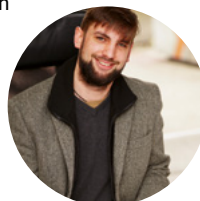
:Die Redaktion

➔ MEHR AUF SEITE 4

Rücktrittsforderungen der Opposition

RECHTSEXTREMISMUS. Der AstA-Vorsitzende Simon Lambertz (NAWI) wünscht sich einen Dialog mit der sogenannten „Identitären Bewegung“. So zitiert ihn zumindest die „WAZ“ in einem Artikel.

Ein Satz, der viel Aufregung und Kritik an der Ruhr-Universität nach sich zog: „Ich würde mich mit denen an einen Tisch setzen, mir Argumente anhören, diskutieren und vielleicht ein Umdenken anregen wollen“, erklärte Lambertz von der Liste der Naturwissenschaftler und Ingenieure auf Nachfrage der „WAZ“.



Die Liste GRAS forderte einen sofortigen Rücktritt des geschäftsführenden AstA-Vorsitzenden. „Dieses Dialogangebot steht im direkten Widerspruch zu den jüngst einstimmig gefassten Beschlüssen des Studierendenparlamentes, in

dem sich die Studierendenschaft gegen Organisationen wie der „Identitären Bewegung“ ausspricht“, beklagen sie in einer Stellungnahme.

AstA korrigiert Aussagen

Der AstA distanzierte sich in einer Pressemitteilung von jeglichen Verbindungen zu rechtsextremen Gruppierungen, gemäß der AstA- und StuPa-Beschlüsse. In dem Interview für den veröffentlichten Artikel habe „der AstA-Vorsitzende auch seine persönliche Meinung mit in die Antworten einfließen lassen und es dabei versäumt, seine persönlichen Standpunkte von denen des AstAs klar zu

differenzieren.“ Kritisiert wird vonseiten des AstA dennoch die fehlende Kontextualisierung des Zitats im Rahmen eines ausführlicheren Interviews. Man wolle in keiner Weise einen Dialog mit der IB oder der „Jungen Alternative“ suchen.

AnhängerInnen der neofaschistischen „Identitären Bewegung“, aber auch des Jugendverbandes der „Alternative für Deutschland“ hatten zuletzt auf dem Campus rassistische Flyer und Sticker verbreitet. Die Ruhr-Universität hatte sich derweil klar gegen diese Positionen ausgesprochen.

:Benjamin Trilling

➔ KOMMENTAR AUF SEITE 6

Streit um Lehraufträge im ZfA

PERSONALDEBATTE. Im Zentrum für Fremdsprachenausbildung (ZfA) an der RUB gibt es Probleme: Der Wissenschaftliche Personalrat (WPR) will die Lehraufträge für Englisch und Spanisch nicht genehmigen. Streitpunkt sind prekäre Arbeitsbedingungen in der Lehre.

Es geht hoch her im Fremdsprachenbereich der RUB. Ein Sprachzentrum wie das ZfA ist – unter anderem aufgrund der nicht vorhersagbaren Kursbelegung – auf Lehrbeauftragte angewiesen, also auf SprachlehrerInnen, die nicht Festangestellte der Universität sind. Der Wissenschaftliche Personalrat (WPR) hingegen kämpft für möglichst gute Arbeitsbedingungen für alle ArbeitnehmerInnen der RUB im wissenschaftlichen Bereich; hierunter fallen auch die Lehrbeauftragten des ZfA. Aus Sicht der ArbeitnehmerInnenvertretung – und hierzu zählt der WPR – sind befristete Anstellungen wie Lehraufträge auf Zeit abzulehnen, weil sie prekäre Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft fördern. Dass dies auch am ZfA der Fall ist, ist nicht auszuschließen. Um den Druck auf das Sprachzentrum und das Rektorat zu erhöhen, gab der WPR nun den Lehraufträgen für die Sprachen Spanisch und Englisch, die die bestbesuchten Kurse an der RUB darstellen, vorerst nicht statt. Dr. Astrid Reich, Leiterin des ZfA, berichtete am Montag, den 15. Januar, in der FachschaftsvertreterInnenkonferenz (FSVK)

hiervon. Zwar betonte sie, dass sich auch das ZfA eine möglichst flächendeckende Festanstellungsrate wünsche, dies jedoch in vielen Fällen mit dem Wunsch der Lehrbeauftragten kollidiere. Manche der SprachlehrerInnen können und wollen nicht fest angestellt werden, sei es aus privaten oder wirtschaftlichen Gründen, etwa wenn der Job der/des Sprachdozierenden einen Nebenjob darstelle. Doch momentan stehe man vor der Herausforderung, im kommenden Semester auch Spanisch und Englisch als Fremdsprache anbieten zu wollen. Hierzu müsste Bewegung in die momentanen Verhandlungen kommen. Zu diesem Zweck stehe man mit WPR, Rektorat und auch den betroffenen Lehrbeauftragten in Kontakt.

Bleiben Englisch und Spanisch?

Die Ruhr-Universität als Arbeitgeberin habe ein hohes Maß an Sozialbewusstsein, daher achte man auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Festanstellungen und Lehraufträgen, berichtet RUB-Presse Sprecher Jens Wylkop. Doch auch im Rektorat ist man sich der Tatsache bewusst,

dass es SprachlehrerInnen gibt, die aus mannigfaltigen Gründen keine Festanstellung wünschen. „Es geht in diesen konkreten Fällen, wie auch in anderen Fällen, immer um die Balance zwischen guten Arbeitsverhältnissen

auf der einen und individuellen Wünschen auf der anderen Seite“, so Wylkop. Dass die bisher zur Debatte stehenden Sprachangebote im Sommersemester nicht angeboten werden könnten, glaubt man auf der Verwaltungsebene indes nicht: „Selbstverständlich wird es Sprachkurse in Englisch und Spanisch geben“, heißt es dort. Da die Verhandlungen jedoch noch nicht abgeschlossen seien, könne man keine genaueren Angaben diesbezüglich machen. Aufseiten des ZfA möchte man solcherlei



Hinter verschlossenen Türen: Wie sich der Streit um die Lehraufträge im ZfA entwickelt, steht noch nicht fest.

Bild: juma

Aussagen noch nicht treffen. Momentan lägen zu wenig Informationen vor, um die Frage nach den ausstehenden Lernangeboten zu beantworten. Der Wissenschaftliche Personalrat der Universität will sich beim momentanen Verhandlungsstand nicht äußern: „Der WPR unterliegt einer besonderen Verschwiegenheitspflicht. Daher darf er hochschulinterne Angelegenheiten nicht nach außen tragen“, berichtet WPR-Mitglied Dr. Luzia Vorspel.

:Justin Mantoan

Gesunde StudienteilnehmerInnen gesucht

Forschung. Der Lehrstuhl für Klinische Psychologie und Psychotherapie der RUB erforscht, was Depressionen an der Gehirnfunktion erkrankter Menschen verändert. Für diese Studie werden – anders als im vergangenen Sommer (:bsz 1135) – nun gesunde StudienteilnehmerInnen gesucht, da die Forschung mit TeilnehmerInnen, die an Depressionen erkrankt sind, abgeschlossen ist. Laut Forscher Jens Cunow handele es sich bei dem laufenden Projekt um neuartige Grundlagenforschung. „Wir sind der Meinung, dass die bisher genutzten Aufgaben ihr Limit erreicht haben“, so Cunow. Daher setze man auf virtuelle Realität. StudienteilnehmerInnen müssen am Computer virtuelle Räume erkunden und werden verschiedenen Gerüchen ausgesetzt. Ob man für die Studie infrage kommt, kann mit einem kurzen Test geklärt werden. Dieser ist unter tinyurl.com/rubpsycho zu absolvieren. Bei Eignung werden die TeilnehmerInnen vom Lehrstuhl kontaktiert. Der eigentliche Test dauert etwa zwei Stunden und wird mit 40 Euro vergütet.

:juma

Lizenz zum Fälschen?

RECHT. Im Rahmen der letztjährigen Wahl des StuPa in Wuppertal kam es zu Wahlmanipulation. Die Ermittlungen wurden nun fallen gelassen.

Einen Angriff auf die demokratische Verfasstheit der Studierendenschaft sieht Katrin Lögering, Koordinatorin des Landes-ASten-Treffen (LAT) NRW darin. Nach Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der StuPa-Wahl im vergangenen Jahr an der Bergischen Universität Wuppertal hat der damalige AStA Anzeige bei der Polizei Wuppertal erstattet. Nun wurde die Anklage vonseiten der Staatsanwaltschaft fallen gelassen. Grund: Laut § 108d StGB gelte der Tatbestand der Wahlfälschung nur „für Wahlen zu den Volksvertretungen, für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments, für sonstige Wahlen und Abstimmungen des Volkes im Bund, in den Ländern, in kommunalen Gebietskörperschaften sowie für Urwahlen in der Sozialversicherung“, dies trafe für die Staatsanwaltschaft nicht auf die StuPa-Wahl zu.

Angriff auf Selbstverwaltung

Im Januar 2016 sind 245 nicht registrierte Stimmen in den Wuppertaler Wahlen aufgetaucht. Da dies 16 Prozent der abge-



gebenen Stimmen ausmachte, entschied man sich für teilweise Neuwahlen an zwei von drei Urnen sowie zur Anzeige, die im Juni erfolgte. Der aktuelle AStA-Vorsitzende Markus Wessels kritisiert die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, da „durch diese Rechtslücke die demokratische Verfasstheit an den Universitäten gefährdet“ sei. „Hierher kommt auch unsere aktuelle Forderung nach einer Überarbeitung der Gesetzeslage. Der einfachste Weg ist wohl – ähnlich wie im Betriebsverfassungsgesetz für Betriebsratswahlen – in das Hochschulgesetz einen Passus einzupflegen, in dem eine Strafe für die Wahlmanipulation vorgesehen wird.“ LAT-Koordinatorin Lögering sieht zudem studentische Arbeit gefährdet: „Mit der Straffreiheit von Wahlmanipulationen wird die Grundlage jeglicher Arbeit studentischer Selbstverwaltung unterminiert.“ Deswegen fordern der Wuppertaler AStA, wie auch das LAT NRW, im Rahmen der derzeitigen Novellierung des Hochschulrechtes in Nordrhein-Westfalen eine dringende Aufhebung dieser Rechtslücke.

:Andrea Lorenz

Hast Du die 10.000-Euro-Idee?

Wettbewerb. Wissenschaft im Dialog (WiD) sucht Ideen und Konzepte zur Vermittlung von Forschungsprojekten für die Arbeitswelt der Zukunft. NachwuchswissenschaftlerInnen können jetzt im Rahmen des Hochschulwettbewerbs „ihre Forschung auf interaktive Art und Weise verständlich machen und gleichzeitig deren gesellschaftliche Bedeutung hervorheben“, so der offizielle Ausschreibungstext. Dabei werden die besten Projektskizzen mit einem Workshop zum Thema Wissenschaftskommunikation und 10.000 Euro belohnt, sodass die vorgestellten Ideen umgesetzt werden können. Die Teilnahme ist dabei Studierenden, Promovierenden und NachwuchswissenschaftlerInnen gestattet, unabhängig von der fachlichen Ausrichtung. „Gefragt sind Ideen mit interaktivem Charakter, die Forschungsergebnisse zu Arbeitswelten der Zukunft in die Öffentlichkeit bringen.“ Lust, mitzumachen? Bis zum 11. Februar muss dazu zunächst nur das Bewerbungsformular ausgefüllt werden, das Ihr unter tinyurl.com/Arbeitswelten2018 findet.

:tom

Neue Therapie für COPD-Erkrankte

MEDIZIN. Ein ForscherInnen-Team um Dr. Jürgen Knobloch vom Universitätsklinikum Bergmannsheil hat einen neuen therapeutischen Ansatz zur Behandlung der sehr weit verbreiteten Lungenkrankheit COPD entwickelt.

COPD steht für „Chronic obstructive pulmonary disease“, äußert sich meist in Form von Atemnot, Husten und Auswurf, ist nicht heilbar und die vierthäufigste Todesursache weltweit. Von der Erkrankung sind etwa 12 Prozent der Weltbevölkerung betroffen. Die Krankheit entsteht dadurch, dass die Lunge Schadstoffen ausgesetzt ist, welche dort dauerhafte Entzündungen induzieren, die wiederum einen fehlerhaften Umbau der Lungenstruktur einleiten, was unter anderem die Atemwege verengt. COPD kann mehrere Auslöser haben, aber Dr. Jürgen Knobloch erklärt: „In den Industrieländern ist das vor allem das Zigarettenrauchen.“ Im Verlauf der langsam voranschreitenden Erkrankung würden sich PatientInnen zunehmend an schlechtere Atembedingungen gewöhnen und daher oft erst spät eine medizinische Meinung einholen. So verschlimmert sich die unheilbare Krankheit zunehmend. Auch, wenn man dann mit dem Rauchen aufhört, ist die Krankheit nicht mehr aufzuhalten. Laut Knobloch wäre das aber zumindest „ein Trigger weniger“, sodass die Erkrankung weniger schnell voranschreitet. Im Rahmen der Forschung testete das Team um den

Privatdozenten jetzt Wirkstoffe, die einen Durchbruch bei der Behandlung von COPD bedeuten könnten.

Entzündungen hemmen

Die im Zusammenhang mit COPD vorliegende chronische Entzündung wird von Enzymen, genauer Proteinkinasen, reguliert. Diese werden durch diverse Faktoren, darunter vor allem das Rauchen, überaktiviert, was dazu führt, dass noch mehr Entzündungsstoffe produziert werden. Diese zahlreichen Kinasen können durch therapeutische Wirkstoffe ausgeschaltet werden. Werden zu wenige Kinasen ausgeschaltet, so wird die Entzündung nicht ausreichend gehemmt und der Patient hat keinen Nutzen. Da die Kinasen aber auch die normale Lungenphysiologie regulieren, kann es andererseits zu „extremen Nebenwirkungen“ kommen, wenn zu viele Kinasen gleichzeitig durch die Therapie ausgeschaltet werden.

In der Forschung ging es daher vor allem darum, diejenigen Kinasen auszuschalten, die für einen Großteil der mit der Krankheit in Zusammenhang stehenden Beschwerden verantwortlich sind, ohne da-

bei die gesamte Lungenphysiologie anzugreifen – „Man muss eine Balance finden“. Erfolg versprechen sogenannte „Narrow Spectrum Kinase Inhibitors“ (NSKI), die, anders als „Single Kinase Inhibitors“ (SKI), mehrere

Kinasen hemmen können. Zwar haben auch SKI in präklinischen Modellen erste Erfolge gezeigt. Allerdings seien diese im Rahmen der klinischen Anwendung laut Knobloch wahrscheinlich nicht zur Therapie geeignet, da andere Kinasen die Entzündungsregulierung übernehmen könnten. Die von der Firma RespiVert zur Verfügung gestellten NSKI aber sollen gezielt ausgesuchte Proteinkinasen hemmen. In einem präklinischen Modell wurden sie bereits an Bronchialmuskelnzellen von Erkrankten erprobt. „Unsere Studie zeigt, dass NSKI vielversprechende Kandidaten sind, um dringend benötigte



Das Rauchen: Risikofaktor Nummer eins für das Entstehen von COPD.

Bild: tom

anti-entzündliche Therapien bei COPD zu entwickeln“, sagt Knobloch.

Die getesteten Substanzen haben eine hohe Wahrscheinlichkeit, auch bei PatientInnen Anwendung zu finden. In der kommenden Zeit wird ein „Feintuning“ basierend auf den präklinischen Untersuchungen erfolgen, sodass im Anschluss erste klinische Studien stattfinden können. Abhängig von den Studienergebnissen wird dann die Gabe an PatientInnen in Betracht gezogen. Knobloch ist zuversichtlich, dass die NSKI in etwa fünf bis sechs Jahren in die Anwendung übergehen können.

:Tobias Möller

Digitales Bauen in 3D

BAUWERKSMODELL. Das Bundesverkehrsministerium beauftragt den Lehrstuhl der RUB mit der Bewertung von Bauprojekten.

„Unter dem Digitalen Bauen (oder Building Information Modeling) versteht man die Verwendung von dreidimensionalen Bauwerksmodelle für verschiedene Aufgaben während des Entwurfs, des Bauens und auch später des Betreibens von Gebäuden“, erklärt Prof. Markus König vom Lehrstuhl für Informatik im Bauwesen. Die RUB und die TU München sind als einzige Universitäten an den Aufgaben des Konsortiums beteiligt. Das Pilotprojekt befindet sich bis 2020 in der zweiten Phase. Unter Leitung der RUB werden 13 Projekte der Deutschen Bahn begleitet. Es geht beispielsweise um Streckenabschnitte des Rhein-Ruhr-Expresses oder die Ausbaustrecke Emmerich-Oberhausen.

Die Ergebnisse der zweiten Phase des Stufenplans werden wegweisend für den weiteren Einsatz des BIM, also des Digitalen Bauens sein. Ab 2020 soll das Digitale Bauen bei allen neu zu planenden Projekten angewandt werden.

Was tatsächlich passiert

„Es geht hier im wesentlichen darum, Informationen zwischen verschiedenen Leuten (Architekt, Bauherr, Tragwerksplaner,

Heizungsplaner, Bauunternehmen, Handwerker etc.) schnell und transparent auszutauschen“, sagt König. Es gehe um Digitalisierung von Arbeitsprozessen. In erster Linie werden Kosten und Zeit gespart. Die Zusammenarbeit verbessere sich und mit einem Modell können bestimmte Probleme leichter identifiziert werden, erklärt König. Er führt aus, dass die Planung von Durchbrüchen für Leitungen digital gemacht werden können. Der Architekt plane zwar sowas schon ein, aber häufig müsse der Heizungsplaner weitere Durchbrüche hinzuplanen. Dies habe wiederum auch Auswirkungen auf die Tragfähigkeit und müsse erneut vom Tragwerksplaner geprüft werden. „Diese Abstimmung basiert auf Plänen, die jeder Einzelne erstellt.“ Der Vorteil am digitalen Bauen sei, dass man „sich dann alles gemeinsam am Computer ansehen und besser besprechen“ könne, so König.

Dennoch gibt es Grenzen der Technik. Zum einen sei „die Technologie nur so gut wie die Menschen, die sie verwenden“, sagt König, zum Zweiten könne nur geprüft werden, „was digital vorhanden ist“.

:Kendra Smielowski

Zurück an die Schule

INITIATIVE. Ein Stück Normalität: Das Programm „Lehrkräfte PLUS“ ermöglicht geflüchteten LehrerInnen, zu arbeiten.

Mit „Lehrkräfte PLUS“ bietet die Professional School of Education (PSE) geflüchteten Lehrkräften die Möglichkeit einer Weiterbildung. Ziel ist es, dass diese als Vertretungskräfte an deutschen Schulen in ihren Fächern arbeiten können. Noch läuft die Bewerbungsphase, bevor die auf ein Jahr ausgelegte Förderung im April beginnt. Bisher hat die PSE 150 Bewerbungen für 25 Plätze erhalten. Bis 2020 sollen so 75 Fachkräfte weitergebildet werden. Fachlich liegt der Fokus auf Mangelfächern wie Chemie, Physik, Mathematik, Englisch, Französisch und Sport für die Sekundarstufe I.

„Der Lehrberuf in Deutschland ist hinsichtlich seiner Qualifikation recht einmalig, da man nicht nur das Referendariat abschließen, sondern auch zwei Fächer studiert haben muss“, erklärt Marie Van derbeke, Mitkoordinatorin des Programms in Bochum. Dies sei der Grund, weswegen im Ausland ausgebildete Lehrkraft für die Arbeit nicht ausreichend qualifiziert seien. Problematisch sei, dass geflüchtete LehrerInnen oft nur ein Fach studiert haben. Weitere Schwierigkeiten können im Bereich fehlender Sprachkenntnisse sowie in der Unkenntnis des deutschen Schulsystems

und der hier verwendeten Lehrmethoden auftreten. Auf diese Probleme geht das Programm ein: „Insgesamt besteht unser Programm aus vier thematischen Komponenten: Die Sprachausbildung, eine pädagogisch-interkulturelle Qualifizierung, die fachdidaktische-fachliche Vertiefung und das Schulpraktikum.“

Bochum zweiter Standort

Neben der RUB existiert das Projekt auch an der Universität Bielefeld, wo die erste Gruppe geflüchteter Menschen bereits weitergebildet wird. Den weitergebildeten Lehrkräften könne laut Projektbeschreibung kein Arbeitsplatz garantiert werden. Da man sich allerdings auf die Sekundarstufe I und Mangelfächer konzentrierte, geht die PSE davon aus, „dass der Großteil unserer Teilnehmer*innen eine Anschlussbeschäftigung findet.“ Das Projekt wird mit 400.000 Euro durch die Stiftung Mercator gefördert und findet in Kooperation mit der Universität Bielefeld, dem Ministerium für Schule und Bildung NRW, der Landeskoordinierungsstelle der Kommunalen Integrationszentren in NRW sowie der Bertelsmann Stiftung statt.

:Andrea Lorenz

Von Gestern und Morgen

JAHRESRÜCKBLICK. Demos gegen Rechts, Solidarität und die Bochumer Wohnraumpolitik sind Themen gewesen, die die Stadt beschäftigt haben. Beim traditionellen Neujahrsempfang im Bahnhof Langendreer ging es für Bochumer Initiativen um das Gern und das Morgen.

Sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene hat sich vergangenes Jahr viel getan: Vor allem viele neue und alte Arbeitsfelder haben sich für die Engagierten in Initiativen ergeben. Seien es Waffenexporte der Bundesregierung, eine gesteigerte Zahl Minderjähriger in der Bundeswehr, das atomare Damoklesschwert, was über der Welt schwebt oder die fehlende gesellschaftliche Empörung. Wie Joachim Schramm vom VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) an-

merkte: „Es fehlt in aller Zweideutigkeit die Entrüstung.“ Doch auch lokal in Bochum setzten sich Initiativen 2017 gegen diverse Themen ein.

Zum 15. Mal lud vergangenen Sonntag das Friedensplenum gemeinsam mit dem Bahnhof Langendreer in dessen Räumlichkeiten zum Neujahrsempfang. Bei reichhaltigem Brunch rekapitulierten die Anwesenden unter dem Motto „Ein Jahr Bewegung Bochum“ Aktionen im vergangenen Jahr.

Viele Themen

Zu den großen Themen in der Stadt gehörten sowohl der Kampf gegen Rechts sowie Faschismus und Rassismus, wie auch der Umgang mit der prekären Wohnungssituation in der Stadt. Letzteres

wurde nicht nur in mehreren Aktionen wie einer Kundgebung am 19. Mai unter dem Titel „Reclaim the City“ aufgegriffen, sondern auch konkret von einer Gruppe umgesetzt, die im Frühsommer die Herner Straße 131 besetzt hat (:bsz 1129). „Ich habe tiefen Respekt für diejenigen, die das gemacht haben“, so Martin Budich vom Friedensplenum, welcher medial aufbereitet den Rückblick mitmoderierte.

Ebenfalls große Themen sind gesellschaftlicher Rechtsruck und Geflüchtetenpolitik gewesen. Letztere ist Schwerpunkt mehrerer Demonstrationen wie am 9. September oder am 6. Mai gewesen. Dass sich so viel engagiert wurde, wurde mehrfach während des Vortrages mit Spontanapplaus honoriert. Budich hatte vor allem für den steigenden Anteil junger Menschen, beispielsweise der DGB Jugend (Deutscher Gewerkschaftsbund) übrig: „Das ist eine Geschichte, die viel mehr Spaß macht, wenn junge Menschen dabei sind.“

Ausblick

Neben dem Rückblick auf Gelungenes und Zurückliegendes lag ein weiteres Ziel des

Neujahrsempfanges auch in der lokalen Vernetzung innerhalb der Initiativen. Zum ersten Mal wurde die Plattform vor 15 Jahren initiiert. Grundlage war damals ein Rückblick des Friedensplenums im Rahmen von Weihnachtsfeierlichkeiten: „Da waren alle so begeistert, dass wir gesagt haben, dass wir das nochmal im Januar öffentlich für alle machen.“

Für den Ausblick auf Aktionen im neuen Jahr hält sich Budich eher zurück. Rechtsruck und Nationalismus seien wahrscheinlich wieder zentrale Themen. „Das Phänomen bei sozialen Bewegungen ist, dass 95 Prozent der sozialen Bewegung von ihren Gegnern lebt. Das eben passiert bei Schweinereien: Das sich Leute empören“, so Budich abschließend.

Beim Rückblick zeigte sich zwar, dass in der Stadt noch viel zu tun bleibt, doch die vielfachen und diversen Aktionen des vergangenen Jahres geben Grund zur Hoffnung, dass auch 2018 das Engagement nicht erlahmt.

:Andrea Lorenz



Die Einsendungen, die die Redaktion von Bo-Alternativ erhalten hat, sind die Grundlage: Photos und Videos visualisierten den Jahresrückblick.

Bild: Ior

Unzufriedenheit beim VfL

SPORT. Die Lage beim VfL Bochum ist angespannt. Nach umstrittener Ausgliederung und ausbleibenden Erfolgen brodelt es in der Fanszene.

Es dauerte kaum drei Monate, bis beim VfL Bochum die ersten unangenehmen Begleiterscheinungen des Ausgliederungsvotums der Fußballabteilung (:bsz 1143) auftreten würden. Nach Trainerwechsel, Turbulenzen im Aufsichtsrat und einem enttäuschenden 12. Tabellenplatz – zu Saisonbeginn sprach man von Aufstiegsaspirationen – zum Rückrundenstart fehlt es an Stimmung im Ruhrstadion. Dies hat der Verein seinen treuesten AnhängerInnen, den Ultras, zu verdanken. Statt ihre Mannschaft von der Ostkurve zu unterstützen, sind diese nämlich in den Stimmungstreik getreten. Grund ist die Unzufriedenheit mit dem Sportvorstand Christian Hochstädter. Für viele Ultras und andere Fans ist er der Grund des miserablen Wegs, den der VfL Bochum in den letzten Monaten eingeschlagen hat. Seitdem finden sich in den Reihen der Bochumer Fans Spruchbänder mit der Aufschrift „verpiss diC.H.“ oder „Bochums größte Schande – C.H. und seine Bande“. Die Enttäuschung über den Sportvorstand und seine unpopulären Entscheidungen sitzt so tief, dass die Initiative „Rettet den VfL“, der Fanclub blau-weiße Brille und die Faninitiative Bochum nun eine außerordent-

liche Mitgliederversammlung einberufen wollen, um Hochstädter abwählen zu lassen. Hierzu werden Unterschriften von 20 Prozent aller stimmberechtigten VfL-Mitglieder benötigt, das entspricht etwa 1.700 Unterschriften.

Neuanfang – personell und kulturell

Die Fans des VfL Bochum versuchen indes nicht nur einen unbeliebten Sportdirektor abzuwählen, sondern wollen in einer zweiten einzuberufenden Mitgliederversammlung gleich die gesamte Entscheidungsstruktur des Vereins verändern, sie wollen versuchen, „neben dem personellen Neuanfang auch den kulturellen Neuanfang einzuleiten, indem über Satzungsänderungen abgestimmt wird, die die Mitgliederrechte, Mitbestimmung und Kommunikation zwischen Verein und Mitglieder betreffen“, so die Initiative. Das letzte Wort an der Castropener Straße ist noch nicht gesprochen, doch die Angst auf der Verwaltungsebene scheint groß: Für die kommenden Heimspiele wurden die Blöcke G und H1 komplett gesperrt, hier hatten sich die unzufriedenen Ultras während der letzten Heimspiele niedergelassen. Ohne die üblichen Gesänge.

:Justin Mantoan

Tauschen statt (ver)kaufen

SHARING. Second Hand ist ein alter, aber beliebter Trend. Die Gewerkstatt gGmbH und das Jobcenter Bochum gehen einen Schritt weiter.

Gutes tun und Menschen helfen. Man könnte sagen, dass diese Grundsätze die Arbeit der Gewerkstatt ausmachen. Die freie und unabhängige Organisation setzt sich für auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Personengruppen ein, um diese durch Qualifizierung, Weiterbildung, Beschäftigung und Vermittlung auf ihrem Weg in die Beschäftigung zu begleiten. Eines der neusten Projekte ist die in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Bochum entstandene Idee des Kleidertauschladens. Im Auftrag des Jobcenters wurden junge Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren in der Produktionsschule der Gewerkstatt auf die ersten Schritte im Berufsleben, beziehungsweise dem Arbeitsmarkt vorbereitet. Die Idee, einen Laden zu eröffnen, in dem es nicht notwendig ist, die finanziellen Mittel aufzuwenden, um sich einkleiden zu können, entstand durch den Wunsch, das praktische Lernen und Erfahren mit sozialem Engagement zu verbinden. Der „Tauschsalon“ war geboren.

Die Umsetzung

Von der Idee bis zur Eröffnung war es kein weiter Weg. Bereits kurz nach dem Start

fand sich in einem leerstehenden Ladenlokal in der Universitätsstraße 20 ein geeigneter Raum. Dieser wurde durch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen renoviert und für den gewünschten Zweck ausgestattet. Es wurden Kleiderspenden gesammelt, sortiert und dann ging es los. Seit dem Herbst 2017 kann nun nach Herzenslust eingekauft werden ... nein, es kann nach Herzenslust getauscht werden. Ob Kleid gegen Shirt, Hose gegen Jacke oder Schuhe gegen Socken. Einzige Voraussetzung: Die Kleidung muss heile und sauber sein. Und wer nichts zum Tauschen hat, der kann auch einen kleinen Geldbetrag ins Sparschwein werfen, so die InitiatorInnen des Projekts.

Vom „Tauschsalon“ profitieren nicht nur KundInnen beziehungsweise Tauschende, sondern auch die am Projekt beteiligten jungen Menschen. Durch starke Einbindung in die berufliche Praxis und das gleichzeitige soziale Engagement findet eine optimale Vorbereitung auf den beruflichen Alltag statt. „Jeder der an dem Projekt Beteiligten erfuhr hier positive Formen der Zusammenarbeit und zeigte großes Interesse an den neuen Praxisaufgaben“, heißt es vonseiten der Gewerkstatt.

:Justin Mantoan

Brechts Brisanz wider Willen

THEATER. Ein System, das alles Zwischenmenschliche durchdringt: So schilderte Brecht in „Furcht und Elend des Dritten Reiches“ das Leben in Nazi-Deutschland. Studierende inszenieren das Stück unter der Regie von Karin Freymeyer und Christoph Ranft.

Bei den Proben war es den Studierenden dann doch zu viel. Den Hitlergruß verweigerten sie auf der Bühne. „Die wollten das einfach nicht“, erzählt Karin Freymeyer über die Proben in ihrer Gruppe. Ein Grund sind die drastischen Szenen, mit denen Bertolt Brecht seinerzeit aus dem Exil die Herrschaft der FaschistInnen schilderte: Terror, Angst, Verfolgung, Denunziantentum. Doch der Umgang damit war in den fünf Gruppen ganz unterschiedlich, wie Regisseur Christoph

Ranft aus den Proben mit seiner Gruppe berichtet: „Da war eigentlich eine ganz große Abgeklärtheit.“

Dass alle Teilnehmende so unterschiedlich an den Stoff herangingen, war durchaus gewünscht, wie Freymeyer erklärt: „Es ist für uns eine sehr wichtige Aufgabe, die Studierenden miteinzubeziehen und zu berücksichtigen, wie sie das interpretieren wollen.“ Unter der gemeinsamen Regie von Karin Freymeyer und Christoph Ranft, MitarbeiterInnen im

Musischen Zentrum (MZ), haben fünf Ensembles aus Studierenden in eigener Gruppenarbeit an der Inszenierung von „Furcht und Elend im Dritten Reich“ gearbeitet. Von den ursprünglichen 27 Szenen sind 15 übrig geblieben.



Furcht und Betroffenheit auch bei den Proben: Karin Freymeyer und Christoph Ranft sprachen mit der :bsz über die anstehende Premiere des Brecht-Klassikers.

Bild: bent

Brechts Stück: selten gespielt

Bertolt Brecht verfasste sein antifaschistisches Stück 1937. Da befand sich der Dramatiker schon längst im Exil. Die Informationen über die Schreckensherrschaft erhielt er nur aus den Medien oder aus Korrespondenzen. Doch das Stück, das vor Augen führt, wie sehr ein totalitäres System intimste zwischenmenschliche Beziehungen durchdringen kann und Menschen vor Dilemmata stellt, wurde in den letzten Jahren kaum in den Schauspielhäusern berücksichtigt. Eine Ausnahme blieb die Inszenierung im Theater Dortmund, wo der Gehalt des Stückes in die Gegenwart transportiert und etwa der Bürgerkrieg in Syrien aufgegriffen wurde.

Auf solche Aktualitätsbezüge will man in der Studiobühne verzichten. Trotzdem waren gegenwärtige und gesellschaftliche Konflikte bei den Proben immer wieder ein Thema: Flucht, Terror und Rechtspopulismus gewinnen vor dem historischen Hintergrund des Faschismus wieder an Brisanz. „Die Abgeklärtheit ist wieder geringer geworden“, verrät Freymeyer, Betriebsleiterin der

Studiobühne. „Im Spiel ist einfach wieder diese Betroffenheit durchgedrungen.“

Denn in Zeiten, in denen Rechte in Polen, Österreich oder den USA in der Regierung und die AfD im Bundestag sitzen, ist Brechts „Furcht und Elend des Dritten Reiches“ kein verstaubtes Historienspiel mehr. Diese Fragen beschäftigten auch die Studierenden in den Proben, wie Freymeyer erzählt: „Sie sehen die Gefahr. Aber was sollen wir machen? Wie können wir damit umgehen?“ Eine Antwort ist auch die Inszenierung dieses politischen Stücks.

:Benjamin Trilling



ZEIT:PUNKT

„Furcht und Elend des Dritten Reiches“, Premiere am 26. und 27. Januar im Theatersaal des Musischen Zentrums. Der Eintritt ist frei. Kartenreservierung unter mz-theater@rub.de

Barcraft zur Hearthstone Weltmeisterschaft

E-SPORTS. Der AstA hat in Kooperation mit der strafejump GmbH den offiziellen deutschen Hearthstone Weltmeisterschafts-Stream an die RUB ins KulturCafé geholt. Die Streamer C4mlann und Thanh kommentierten das Geschehen vor Ort und auf Twitch.TV.

Vom 18. bis zum 21. Januar waren die Streamer C4mlann und Thanh im KulturCafé und kommentierten die Hearthstone Weltmeisterschaft für die deutschen Fans. Das Turnier fand in Amsterdam statt und war mit 1 Millionen US-Dollar dotiert. Ein ganzes Jahr Hearthstone-E-Sports gipfelte in diesem viertägigen Wettkampf mit 16 qualifizierten TeilnehmerInnen. Als Gewinner konnte der taiwanische Spieler Chen „tom60229“ Wei Lin vom Team yoe Flash Wolves ein Preisgeld von 250.000 US-Dollar ergattern.

C4mlann, der eigentlich Daniel Märkisch heißt, ist Streamer. „Ich übertrage das Spiel live vor Zuschauern und die schauen einfach zu und versuchen etwas zu lernen in dem Spiel, versuchen sich zu verbessern oder wollen einfach nur unterhalten werden“, erklärt er seine Tätigkeit. Märkisch selbst war sieben Jahre als Dozent an verschiedenen Unis tätig und deshalb froh, wieder an einer Uni zu sein. Thanh ist Vollzeit-Streamer seit 2016 und mit C4mlann einer der wenigen deutschen Kommentatoren. „Was ich mache ist hauptsächlich Entertainment. Ich habe meinen eigenen Stream und meine Community, die mir hilft, das Ganze weiter

zu machen. Es ist viel Unterhaltung, aber alles rund um Hearthstone.“

Organisiert wurde das Ganze vom AstA der Ruhr-Universität und der Gaming Agentur strafejump. Thomas Schmidt, Gründer von strafejump, wollte schon immer ein Gaming-Event in Bochum machen: „Hier kenn’ ich mich aus, das ist ein Heimspiel.“ Er kommt ursprünglich aus Bochum und hatte schon damals, als er noch an der RUB studierte, ein FIFA-Event auf die Beine gestellt. „Gerade den Community-Gedanken finden wir stark. Wir wollen halt die Gamer, die sonst am Rechner zu Hause sitzen zusammenbringen. Wie das Gaming All Area. Das man sich austauschen kann, denn die Community nimmt es gerne an, aber es gibt halt zu wenig Angebote.“

Was ist Hearthstone?

Hearthstone ist ein digitales Sammelkartenspiel von Blizzard Entertainment. Basierend auf dem World of Warcraft-Universum kann man aus neun verschiedenen Helden auswählen. Diese besitzen unterschiedliche Spezialfähigkeiten und können zum Teil aus unterschiedlichen Karten wählen, die nur dieser Klasse zur

Verfügung stehen. Zum Spielen benötigt man Karten, die man über die Ingame-Währung Gold, das Erfüllen von Aufgaben, das Eintauschen von übigen Karten oder echtes Geld erhalten kann. Aus seinen gesammelten Karten stellt man sich dann ein eigenes Deck zusammen.

Mit diesem ist es dann möglich, über die Multiplayer-Plattform Battle.net jederzeit in einem der verschiedenen Spielmodi gegen andere SpielerInnen oder den Computer anzutreten.

Gelungenes Event trotz Komplikationen

Streamer, ZuschauerInnen und Organisatoren fanden alle, dass es ein gelungenes Event war, trotz der verhältnismäßig geringen Offline-ZuschauerInnenzahl. Dies lässt



Thanh (l.) und C4mlann (r.) bei der Arbeit: Das Finale zwischen „tom60229“ und „Frozen“ fand so mitten im KulturCafé statt.

Bild: gin

sich aber vor allem auf Orkan Friederike und die anstehende Klausurenphase zurückführen. „Aber wir können uns ja nicht den Zeitpunkt der Hearthstone-WM aussuchen und haben es dementsprechend durchgezogen. Und es wird gut von den Leuten aufgenommen, vor allem der Gaming-All-Area Bereich und die Hearthstone-Turnieren vor Ort“, resümierte Lionel Zurkuhl, AstA-Mitorganisator.

:Gianluca Cultraro

Wider das BeamtInnentum

KOMMENTAR. Das Bundesverfassungsgericht muss sich mit der Frage beschäftigen, ob verbeamtete LehrerInnen streiken dürfen. Was in anderen Ländern Europas problemlos möglich ist, ist in der BRD verboten. Dabei ist das BeamtInnentum per se ein altertümliches Relikt.



Auch wenn der gemeine deutsche Arbeitskämpf nur selten über Warnstreiks hinausgeht und die Streitlust der Gewerkschaften in vielen Fällen schnell abflaut, ist das Streikrecht ein hohes Gut. Leider kommt es nur Angestellten zugute, BeamtInnen sind davon ausgenommen – der Grund ist simpel wie überholt: BeamtInnen stehen in einem besonderen Treueverhältnis zum Staat und müssen so ihr Bestes geben, die öffentliche (deutsche) Ordnung nicht aus dem Ruder laufen zu lassen. Dass die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der gewerkschaftliche Dachverband DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) in dieser Regelung eine Ungleichheit vor dem Gesetz sehen, ist aufgrund der Gesetzgebung der Europäischen Union kaum verwunderlich. Dort heißt es nämlich, dass die für gewerkschaftliche Arbeit so wichtige Koalitionsfreiheit und das damit verbundene Streikrecht auch für BeamtInnen gelten muss, außer diese üben hoheitliche Aufgaben aus. Gemeint sind Mitglieder von Polizei, Streikkräften und Justiz. Zwar ist der

Lehrberuf von besonderer Wichtigkeit und Bedeutung für die Gesellschaft, doch von einer hoheitlichen Aufgabe kann nicht gesprochen werden. Ein Streikrecht für verbeamtete LehrerInnen ist dementsprechend notwendig.

Auslaufmodell BeamtInnenlaufbahn

Mit der Frage des Streikrechts für verbeamtete Lehrkräfte geht auch die Frage einher, wie es um dieses Recht bei BeamtInnen in längst privatisierten Betrieben wie der Post oder der Telekom steht. Und noch viel wichtiger ist die Frage, ob die BeamtInnenlaufbahn nicht eigentlich ein Auslaufmodell darstellt. Dieses Relikt preußischer Könige, das Menschen in ein enormes Abhängigkeitsverhältnis zum Staat versetzt und sie davon ausgehend grundlegender Menschenrechte beraubt, ist im 21. Jahrhundert zumindest kritisch zu betrachten. Die einstigen DienerInnen der Landherren sind heutzutage kaum etwas anderes, nur dass sie dem (Gesamt)Staat dienen müssen.

Natürlich können gewisse Aufgaben, die tatsächlich zur allgemeinen Ordnung

des Zusammenlebens unabdingbar sind, nicht von Privatunternehmen bewältigt werden und natürlich müssen beispielsweise Polizei und Justiz an die Normen und Regeln des Staates, für dessen Schutz sie einstehen, gebunden sein. Doch die mit dem BeamtInnentum verbundene Ungleichheit, nicht nur in LehrerInnenzimmern, zeigt auf, dass dieses antiquierte System des BerufsbeamtInnentums keine Zukunft haben kann.

Wege aus dem Staatsdienst

Doch den Ruf nach Abschaffung des BeamtInnentums darf nicht als Wille zur Privatisierung und Prekarisierung missverstanden werden. Viel wichtiger ist es, grundlegende Ungleichheit zwischen ver-



Hält am BeamtInnentum fest: Bundesinnenminister Thomas de Maizière, hier bei der Begutachtung neuer BeamtInnen. Symbolbild: Wolfgang Kumm/ CC BY-SA 4.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

beamteten ArbeitnehmerInnen und ihren nicht verbeamteten KollegInnen abzubauen. Dass dies funktionieren kann, beweist die Schweiz seit fast zwei Jahrzehnten: Nur noch PolizistInnen, FinanzbeamtInnen und RichterInnen haben den BeamtInnenstatus inne, gerechte Beschäftigungsverhältnisse der übrigen ehemaligen BeamtInnen machen es möglich und sinnvoll. Über eine Reformierung auch in Deutschland muss dringend debattiert werden.

:Justin Mantoan

Nicht falsch – alternativ

GLOSSE. „Alternative Fakten“ sind das Unwort des Jahres 2017. Wie ein Begriff die Prüfungsphase ändern könnte ...



Prüfungsphase! Während wir Netflix glotzend und Chips futternd für unsere Prüfungen lernen und ganz überrascht sind, wenn es plötzlich nur noch fünf Tage Zeit bis zu den Klausuren (etwa genauso wie sich die DB immer vom Winter überraschen lässt ...), überlegen sich andere, wie sie aktiv bei den Prüfungseinsichten noch die letzten Punkte zur 1,0 rausboxen können. Hier ein Geheimtipp: Schreibt was Ihr wollt – es gibt keine falschen Antworten. Eigentlich ist niemals irgendetwas falsch. Das haben wir vor einem Jahr von der US-Präsidentenberaterin Kellyanne Conway an die Hand gegeben bekommen. „Lügen“ ist auch so ein hartes Wort. „Falsche Antwort“ ebenfalls. Das klingt so endgültig und gibt einem das Gefühl, was falsch gemacht zu haben. Hat man ja auch, aber das will ja niemand hören. Also formulieren wir es positiv und mischen eine Prise Pöbelelei mit rein und garnieren diese mit etwas Rechtfertigung, weil man sich irgendwie ertappt fühlt. „Bei Trumps Amtseinführung waren deutlich weniger Leute da, als bei Obamas“ –

ist zwar wahr, will man aber nicht hören, also deklariert man die eigene Aussage, nämlich, dass das falsch sei, als Alternativen Fakt. Fotos, die ersteres deutlich belegen? Egal.

Lernen wir daraus

Schreiben wir doch bei der kommenden Klausur einfach mal ein Waffelrezept hin, statt die Aufgaben zu lösen. Ist zwar falsch und hat nachweislich weder etwas mit der Aufgabe noch mit deren Lösung, noch mit irgendwas anderem zu tun, sorgt aber womöglich dafür, dass der/die KorrekteurIn Hunger bekommt, sich eine Waffel holt und danach gnädiger korrigiert. Falls nicht, hilft es zur Klausureinsicht zu gehen und die drei oder fünf Minuten, die einem gewährt werden mit einer gut zurechtgelegten Argumentation zu füllen, warum das Waffelrezept dennoch richtig ist. Wenn alle Argumente versagen bleibt noch, wütend mit dem Fuß aufzustampfen und die :bsz als Fake News zu verteufeln, weil da ja schließlich behauptet wurde, mit alternativen Fakten könne man Klausuren bestehen.

:Kendra Smielowski

Österreich mahnt

KOMMENTAR. Ein AStA-Dialog schenkt den „Identitären“ nicht nur unnötige Aufmerksamkeit, sondern ignoriert auch vergangene Fehler.



Es mag für viele Studierende sicher vernünftiger klingen als der Aktionismus, zu dem viele Antifas neigen: ein Dialog mit der „Identitären Bewegung“ (IB) auf dem Campus. Miteinander diskutieren ist vernünftig, ist demokratisch. Laut Zitation der „WAZ“ ist das die Idee des geschäftsführenden AStA-Vorsitzenden Simon Lambert.

Mal ganz davon abgesehen, dass es einen unschönen Beigeschmack hat, wenn Neonazis, deren Ideologie sich (auch militant) gegen eine große Gruppe Studierenden richtet, zum Plaudern auf einen Kaffee im Studierendenhaus vorbeischaun, ist das Dialogangebot eine beliebte strategische Geste: Wir reichen ihnen die Hand, tauschen uns aus. Vielleicht können wir sie nicht überzeugen. Aber wenn sie einmal in unserer demokratischen Diskursmaschine sind, dann ist auch deren rechtsextremistische Position geschwächt. Zur Erinnerung: Einstige 68er, deren Methoden diese identitären Idioten so gerne klauen, wurden oft genau so in die „demokratische Grundordnung“ integriert.

Einfluss auf FPÖ-ÖVP-Regierung

Genau zwei Gründe aus den jüngsten Erfahrungen sprechen dagegen, dass dies bei der IB aufgeht: Erstens ist es nur eine kleine Gruppe. Wie viele es in Bochum gibt, ist unklar. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass es in dieser Stadt immer noch mehr Tauben züchtende BodybuilderInnen als xenophobe Hipster gibt. Sellner und Co. haben diese mediale Aufmerksamkeit immer geschickt ausgenutzt. Ein Dialog macht diese kleine Clique nur unnötig stark.

Zweitens zeigen die jüngsten Erfahrungen aus Österreich, dass die Parole, mit Rechten zu reden, den gesamten Diskurs nach rechts aufsprengt: Die Übergänge zwischen „Identitären“, den Burschenschaften und der FPÖ sind dort fließend. Dass es einen maßgeblichen Einfluss dieser Rechtsextremen auf die rechtspopulistische ÖVP-FPÖ-Regierung gibt, ist fast schon akzeptierte, traurige Realität. Ein langer Marsch durch die Institutionen von rechts außen. Von ihren ideologischen Interessen ist dieses reaktionäre Gesocks nie abgewichen. Auch nicht an den Unis. Ganz egal, wer sie zum Dialog eingeladen hat.

:Benjamin Trilling

ZEIT:PUNKT

VW und das Regime

Recherchen mehrerer Medien haben ergeben, dass VW politisch am brasilianischen Militärregime beteiligt war. Von 1964 bis 1985 übte das Militär eine Diktatur im Land aus. Die genauen Zusammenhänge sind Thema des Vortrags „VW! Komplize der Militärdiktatur in Brasilien?“, initiiert vom AstA Bochum. Der Historiker Dr. Christopher Kopper (Universität Bielefeld) stellt seine Rechercheergebnisse zu dem Thema vor. • **Donnerstag, 25. Januar, 18 Uhr.** HZO 50, RUB. Eintritt frei.

Porträts der Vergessenen

Moni, Lacramiora, Gökkan, Chris und Marcus sind VerkäuferInnen der „Bodo“. Wie ihr Leben aussieht und wie es sie auf die Straße geführt hat, zeigt der erste abendfüllende Film mit „Bodo“-Beteiligung: „Brüchige Biografien“. Offen sprechen die AkteurInnen über Krisen in ihrer Biografie. Dadurch zeigen sie aber auch: Hoffnung gibt es immer. Im Anschluss wird es ein Publikumsgespräch mit den ProtagonistInnen geben. • **Freitag, 26. Januar, 19:30 Uhr.** BO-Fabrik, Bochum. Eintritt frei.



Nächtliches Trödeln

Kaum eine Kindheitserinnerung ist für unseren Redakteur Justin so präsent wie das Stöbern nach immer neuen Hörspielkassetten und Büchern auf diversen Trödelmärkten. Da ist es nicht verwunderlich, dass er aufgrund des nostalgischen Erinnerungswerts und der nie enden wollenden Nachfrage nach neuen Büchern auch dem **Nachtflohmarkt im Depot** einen Besuch abstatten wird. Neben allerlei zum Verkauf stehenden Schätzen gibt es Musik – live und aus der Konserve – und Kunst sowie Poesie zu erleben. • **Samstag, 27. Januar, 17 Uhr.** Depot Dortmund. Eintritt 3 Euro.

Frohes Neues!

Das Jahr läuft laut gregorianischem Kalender seit drei Wochen, in China wird nun ebenfalls der Beginn eines neuen Jahres zelebriert. Das chinesische Frühlingsfest, das ihr wichtigster Feiertag ist, wird mit Essen und Unterhaltung gefeiert. boskop und der Verein Chinesischer Studierender und Wissenschaftler (VCSW) laden zum Treiben anlässlich des Jahres des Hundes ein. Zu sehen bekommen BesucherInnen unter anderem eine Modenschau mit traditioneller chinesischer Kleidung oder ein Konzert mit chinesischer Harfe. • **Samstag, 27. Januar, 17:30 Uhr.** Mensa, RUB. Eintritt 5 Euro. **Premiere, Premiere!** Nabokovs Exilroman „Lolita“ schafft es nun unter der Regie von Alexander Rit-

ter auf die Bochumer Bühne in der Rottstraße: Auf einem Roadtrip fliehen die ProtagonistInnen vor der Wahrheit. Quer durch die USA. • **Samstag, 27. Januar, 19:30 Uhr.** Rottstr5-Theater, Bochum. Eintritt 14 Euro, erm. 7 Euro. **Präsentation der Ergebnisse** Zum Semesterausklang lädt das MZ ein. Im Rahmen der „O-Arts“ zeigen Studierende aus den verschiedenen Optionalbereichskursen eine ganze Woche lang ihre Ergebnisse. Inhaltlich wird ein ausgewogener Mix aus Photographie, Tanz, Theater, bildender Kunst und Performance geboten. Mehr unter www.ruhr-uni-bochum.de/optionalbereich. • **Montag, 29. Januar, 17 Uhr.** Musisches Zentrum, RUB. Eintritt frei.

NACH:GEHÖRT

Back to the roots: Mit der am 12. Januar erschienenen Platte **Underworld** besinnen sich die Aussie-Exporte um Sängerin Jenna McDougall auf ihre rockigen Wurzeln. Anders als andere Bands der Punk-Alternative-Szene, die derzeit Retrovibes und elektronische Synthieparts für sich entdecken, schaffen **Tonight Alive** den Spagat zwischen harten Gitarrenriffs und -licks, mächtigen Vocals und den progressiveren Synthieklingen, die noch den Vorgänger „Limitless“ ausmachten und für berechtigte Kritik gesorgt hat. Inhaltlich setzt „Underworld“ eine Kontinuität fort: Nicht mehr Texte, die sich um menschliche Beziehungen drehen, stehen im Mittelpunkt, sondern die Relation mit dem eigenen Ich wie in „Temple“. Ein Blick in die Track List birgt durchaus Überraschungen: So hat sich die Band Unterstützung von Lynn Gunn (Sängerin der Szenen-Shooting-Stars **PVRIS**) und Corey Tyler (**Slipknot**, **Stone Sour**) geholt. Vor allem letzterer Fang zeigt nicht nur seine sanfte Seite, sondern auch, dass sich **Tonight Alive** längst nicht mehr „die andere Band mit einer Sängerin neben **Paramore**“ sind. Prädikat empfehlenswert! :lor

akafoe.de facebook.com/Akafoe twitter.com/Akafoe **Speiseplan** 29.01.–02.02.2018, Mensa und Bistro der Ruhr-Universität **AKAFO**

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Aktionen Stud. 3,20 - 4,30 € Gäste 4,20 - 5,30 €	Schweinshaxe auf Sauerkraut und Kartoffelpüree S	„Alm Cordon bleu“ mit Bratkartoffeln und Krautsalat S	Tiroler Spinatknödel mit Butter und Parmesan an Rucola V	Herzhafte Krautkräpfen mit Gemüsejus und Röstzwiebeln A, VG	Bayrischer Leberkäse mit „Jägerkraut“ und Röstkartoffeln R, S
Komponenten-essen Stud. 1,80 - 2,00 € Gäste 2,80 - 3,00 €	Rinderhacksteak mit Chipotle-Sauce R Vegetarische Frühlingsrolle mit Asia-Dip V	Hähnchenspieß mit Erdnussauce G Karotten-Sesamstick mit Kräutersauce VG	Rindergulasch R Veganes Geschnetzeltes nach „Kreolischer Art“ VG	Hähnchenbrust mit Broccoli, dazu Kräutersauce G Geräuchertes Tofusteak mit Chili-Dip VG	Paniertes Rotbarschfilet mit Zitronen-Buttersauce F Riesenrösti mit Spinat und Hollandaise V
Vegetarisches Gericht Stud. 2,20 € Gäste 3,30 €	Käsespätzle mit Schmorzwiebelsauce und Mischsalat V	Marokkanischer Kichererbseneintopf mit Baguette VG	Griechischer Auflauf mit Mischsalat V	Milchreis mit Zimt, Zucker und Rote Grütze V	Spaghettipfanne mit Mischsalat VG
Bistro Stud. 2,20 - 3,70 € Gäste 3,30 - 4,90 €	Lammgulasch L	Hähnchenbrust Natur mit Schmorzwiebeln G	Falafel „Oriental“ mit Kräuterquark V	Vollkornnudeln-Zucchini-Paprika-auflauf V	Seelachs im Backteig F
Zu allen Gerichten gibt es eine große Bellagen-Auswahl (0,80 Euro Stud., 0,90 Euro Gäste)	Käsespätzle mit Kochschinken S	Kasslerbraten S	Sauerbraten R	Schweinenackensteak S	„Chili con carne“ mit Baguette R
	Knusper-Gemüsefrikadelle und klarer Kartoffelsalat VG	„Chili sin carne“ VG	Mediterrane Pennepfanne V	Gegrillte Aubergine mit Gurken-Minzjoghurt und Fladenbrot A, V	Germknödel mit Pfämenmusfüllung V

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbuffet.

Legende: A mit Alkohol, B aus kontrollierten biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-Öko-039. Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, F mit Fisch, G mit Geflügel, H Halal, L mit Lamm, R mit Rind, S mit Schwein, V vegetarisch, VG vegan, W mit Wild, JF JOB&FIT-zertifiziert von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung.

IMPRESSUM

:bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber: AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Simon Lambertz, Simon Joshua Paul u. a.

Redaktion dieser Ausgabe: Benjamin Trilling (bent), Justin Mantoan (juma), Kendra Smielowski (ken), Andrea Lorenz (lor), Sarah Tsah (sat), Stefan Moll (stem), Tobias Möller (tom), Gianluca Cultraro (gin)

V. i. S. d. P.: Justin Mantoan (Anschrift s. u.)

Anschrift: :bsz
c/o AstA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de, facebook.com/bszbochum

Auflage: 3.000
Druck: Druckwerk, Dortmund

Bildnachweise: S. 1 Simon Lambertz:
:bsz-Archiv; S. 2 Vorsitzender: AstA Wuppertal

Türkischer Krieg gegen die KurdInnen

Operation Olivenzweig

TÜRKEI. Die Vorgehensweise der Türkei gegen die kurdischen Gebiete in Syrien hat schon die ein oder andere Demonstration in Deutschland hervorgerufen. Die Hintergründe sind verstrickt und nicht leicht zu durchschauen.

Das türkische Militär startete am 20. Januar die bereits angekündigte und geplante „Operation Olivenzweig“ und ging gegen die kurdischen Milizen der YPG in Nord-Syrien vor. Die Milizen halten sich besonders an der Grenze zur Türkei auf. Der türkische Verteidigungsminister Nurettin Canikli bestätigte das militärische Vorgehen am 21. Januar auf einer Pressekonferenz und teilte mit, dass Bodentruppen von zwei Punkten aus auf syrischem Boden agieren.

Ziel der Operation sei es, erklärt der türkische Premierminister Binali Yıldırım gegenüber der „Hürriyet“, nicht nur die AnhängerInnen der YPG zu treffen, sondern auch den IS – wobei das Hauptziel die der PKK nahestehende YPG sei. Die Hauptgründe der Offensive fasst Yıldırım so zusammen: „Wir sind keine Eindringlinge, wie die schwarze Propaganda der Terroristen behauptet. Die Operation soll unserer Grenze Sicherheit geben, Frieden und Schutz für die syrische Bevölkerung in der Region schaffen und auch

die territoriale Integrität Syriens schützen. Alles geschieht im Einklang mit der Selbstverteidigungsklausel in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen und den Resolutionen 1373, 1624 und 2170 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.“

Hintergründe

Die YPG und YPJ, übersetzt „Volksverteidigungseinheiten“, steht im Verdacht, der bewaffnete und verlängerte Arm der PKK zu sein. Die PKK ist in vielen Europäischen Ländern und den USA als terroristische Vereinigung eingestuft und verboten – dies ist auch in Deutschland der Fall. Es entstand nun seit der Bekämpfung des IS 2014 eine enge Verknüpfung



Einmarsch: Ziel der Bodenoffensive ist die mehrheitlich von KurdInnen bewohnte Stadt Afrin (hier markiert)

Screenshot: Google Maps; Bearbeitung: sat

zur YPG und den USA, welche die YPG im Kampf gegen den IS unterstützen.

Auf der anderen Seite wurde die „Operation Olivenzweig“ in Abmachung mit Russland besprochen. Das russische Militär, das in der umkämpften syrischen Stadt Afrin stationiert war, zog vor der Operation am 19. Januar ab. Während des Syrien-Kriegs unterstützte Russland den syrischen Staatspräsidenten Bashar al-Assad.

:Sarah Tsah

Glossar

PKK: Arbeiterpartei Kurdistans, Organisation, die kurdische Autonomie von kurdisch besiedelten Gebieten fordert.

Die PKK ist in vielen EU-Ländern, den USA, Kanada und Australien als terroristische Vereinigung eingestuft und verboten. Sie zählt seit 2008 zur Drogenhandelsliste und wird vom Verfassungsschutz mit 13.000 Mitgliedern zur größten ausländerextremistischen Organisation in Deutschland gezählt.

YPG/YPJ: Volksverteidigungseinheit, syrische Fraktion der PKK. Trotz Nähe wird die Unabhängigkeit zur PKK betont. Seit 2014 stellt die YPG in Westkurdistan (Rojava) eine de-facto-Armee, bilden seit 2015 mit der Unterstützung der USA die Hauptkraft im Kampf gegen den IS.

Afrin: Stadt in Nord-Syrien mit kurdischer Bevölkerungsmehrheit. Afrin ist seit dem syrischen Krieg einer der Hauptverwaltungsorte der Region Rojava.

Rojava (Ausspr.: Rodschawa): De facto autonomes kurdisches Gebiet in Syrien. Ausruf der kurdischen Nation erfolgte am 17. März 2016 von kurdischen, assyrischen, arabischen und turkmenischen Delegierten.

:sat

Krieg mit deutscher Unterstützung

Konflikt. Die Türkei hat nach mehreren Luftangriffen auf kurdische Dörfer im Nordwesten Syriens eine Bodenoffensive gestartet. An vorderster Front dabei: deutsche Panzer.

Nur kurz nach dem Beginn der Bodenoffensive der Türkei gegen die mehrheitlich von KurdInnen bewohnten Stadt Afrin in der de facto autonomen Region Rojava meldete sich Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) zu Wort. Über das Auswärtige Amt ließ er mitteilen, dass weitere militärische Konflikte „das Letzte“ seien, das Syrien nun brauche. Allerdings spricht Gabriel auch von einer „militärische[n] Konfrontation zwischen der Türkei und kurdischen Einheiten“, ohne dabei zu bemerken, dass die Türkei einen angekündigten Angriffskrieg gegen die vom Westen unterstützten kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG und YPJ begonnen hat. Der türkische Staatspräsident Erdoğan kündigt unterdessen schon weitere Angriffe an. Nachdem Afrin gefallen sei, widme man sich Manbidsch. Der Bochumer Politikwissenschaftler und Historiker Ismail Küpeli findet deutliche Worte zur Begründung des Militäreinsatzes: „Die Türkei legitimiert ihre Offensive gegen Afrin/Rojava durch eine angebliche Bedrohung

der Türkei durch die dortigen syrisch-kurdischen Milizen. Das ist allerdings falsch, weil die syrisch-kurdischen Kräfte in Rojava die Türkei bisher nicht angegriffen hatten. Insofern ist die Kriegsbegründung durch die Türkei nur vorgeschoben und es handelt sich hier nicht um eine legitime Selbstverteidigung der Türkei.“

Deutsche Unterstützung

Die Präsenz deutscher Leopard-2-Panzer stößt sowohl in den sozialen Medien als auch in der Politik auf Kritik. Die Bochumer Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen (Die Linke) kritisierte bereits am Freitag, den 19. Januar, den geplanten neuerlichen Panzerdeal mit dem türkischen Regime: „Eine solche Genehmigung käme einem grünen Licht der Bundesregierung für Erdoğan's völkerrechtswidrigen Feldzug gegen die Kurden in Syrien gleich“, erklärt Dağdelen in einer Pressemitteilung. Bei dem zu erwartenden Panzerdeal handelt es sich um eine Kampfaufwertung der bereits seit Mitte der

2000er Jahre an die Türkei ausgelieferten Panzer des Rüstungskonzerns Rheinmetall. Auf die Frage, welche Rolle die Bundesregierung im aktuellen Konflikt einnimmt, antwortet Ismail Küpeli, dass diese Erdoğan sowohl im Kampf gegen Oppositionelle im eigenen Land wie auch im militärischen Vorgehen gegen die KurdInnen in der Region unterstütze. „Insbesondere die Kampfaufwertung der Leopard-2-Panzer würde die Türkei daran stärken, im Nahen Osten militärisch gegen die kurdischen Kräfte vorzugehen“, so Küpeli.

Regierung untätig

Trotz aller Kritik an bevorstehenden Panzerdeals – selbst der Bau einer Rheinmetall-Panzerfabrik in der Türkei ist laut Recherche von „#ÖZGÜRÜZ“, der türkischsprachigen Redaktion von „Correctiv“, und „stern“ im Gespräch – und der Tolerierung des allem Anschein nach völkerrechtswidrigen Angriffs seitens der Türkei hält sich die Bundesregierung überraschend bedeckt.



Freiheitskampf: Kurdische YPG und YPJ Einheiten in Rojava.

Bild: Symbolbild: Kur-

dishstruggle CC BY 2.0 flickr.com

Regierungssprecher Steffen Seibert lässt kein Wort zum Krieg in Syrien fallen. Allein die genannte Aussage Gabriels kommentiert den aktuellen Konflikt. Wie so oft scheint es, als wolle man es sich der NATO-Südostfront am Mittelmeer nicht verschmerzen.

:Justin Mantoan